

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 17.00-19.20 Uhr

Anwesend waren:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsherr Rico Mecklenburg – Vorsitzender -  
Ratsfrau Berendine Bamminger  
Beiteordneter Bernd Bornemann  
Ratsfrau Helga Grix  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

#### **CDU**

Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Hinrich Odinga als Vertreter für Ratsherrn Kurt Hannappel  
Ratsherr Reinhard Hegewald

#### **FDP**

Beigeordneter Erich Bolinius als Vertreter für Ratsherrn Holger Klaassen  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Gerhard de Wit  
Herr Uwe Tyman  
Herr Arthur Kalvelage

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

#### **Von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrat Walter Saathoff  
Stadtamtsrat Uwe Ammermann  
Stadtamtman Robert Lier  
Städt. Amtsinspektorin Doris Kramer als Protokollführerin

#### **als Gäste:**

Frau Regierungsschuldirektorin Bier-Wißmann  
Frau Sonderschulrektorin Bergmann

**Vertreter der Presse:** 2

**Zuhörer:** 19

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Mecklenburg** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Schuldezernentin Frau Bier-Wißmann und die Sonderschulrektorin Frau Bergmann als Gäste.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Stolz** stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 6 und 8 zusammenzufassen, da sich beide Punkte mit der gleichen Thematik befassen. Einwendungen gegen den Antrag gibt es nicht. Die Ausschussmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10. Februar 2003

Die Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.02.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

**Herr Hegewald** regt an, die Einwohnerfragestunde auf das Ende einer Sitzung zu verlegen, weil danach die Einwohner mit der Thematik besser befasst seien und somit auch konkret Fragen stellen könnten.

**Herr Stolz** entgegnet, dass die Einwohnerfragestunde früher am Ende einer Sitzung stattgefunden habe. Es sei dann aber beschlossen worden, die Fragestunde auf den Anfang einer Sitzung zu verlegen, da es keinen Sinn mache eine Fragestunde abzuhalten, wenn der Bürger sich mit bereits beschlossenen Angelegenheiten auseinander setzen solle.

Ein Elternvertreter der Gemeinde Krummhörn möchte bezüglich der Auswirkung der Schulstrukturreform wissen, ob für die Krummhörner Schüler die Wahlfreiheit für die Emdener Schulen bestehen bleiben wird.

**Herr Lutz** führt aus, dass die Gemeinde Krummhörn für ihr Gebiet die Schulbezirke festlege. Wenn die Krummhörner Schüler weiterhin die Emdener Gymnasien besuchen möchten, müsse die Gemeinde Krummhörn einen entsprechenden Schulbezirk beschließen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 5** Vorlage 14-722  
Auswirkung der Schulstrukturreform auf die Schullandschaft in Emden -  
gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen der CDU, FDP und Bündnis  
90/Die Grünen –

**Herr Ammermann** erläutert eingehend die Vorlage und verdeutlicht mit einer Folienvorlage die Schülerzahlenentwicklung für die Jahre 2004-2009.

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

In der sich anschließenden längeren Aussprache kommt einheitlich zum Ausdruck, dass die Chancengleichheit der Kinder oberstes Ziel sein sollte.

**Herr Mecklenburg** macht den Vorschlag, die nächste Schulausschusssitzung in der Osterburgschule abzuhalten. Dazu sollten die Eltern und der Schulelternrat der Schule eingeladen werden, um von ihren Erfahrungen mit der dortigen Konstellation „Hauptschule/Orientierungsstufe und Realschule unter einem Dach“ zu berichten.. Vielleicht bringe dies den Ausschuss weiter, um ein Modell für die Stadt Emden zu entwickeln.

**Herr Bolinius** regt an, den bestehenden Arbeitskreis Schulstrukturreform um Vertreter der Berufsbildenden Schulen zu erweitern.

**Herr Mecklenburg** hält die Beteiligung von Vertretern des Arbeitsamtes für erforderlich.

**Herr Hegewald** bittet darum, den bestehenden Arbeitskreis mit Wirtschaftsvertretern zu erweitern.

**Herr Stolz** fände es ratsam auch Vertreter der Hauptschulen einzuladen.

**Herr Lutz** entgegnet, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage fertigen werde. Wichtig sei eine sachliche Argumentation im Arbeitskreis. Man werde viel rechnen müssen. Die Stadt könne es sich nicht leisten, Schulräume leer stehen zu lassen. Dem Arbeitskreis müsse man die Zeit geben, die notwendigen Daten zusammen zu stellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 6** Vorlage 14-726  
Räumliche und personelle Situation der Pestalozzischule

In einer längeren Diskussion, an der sich Frau Bergmann und die Herren Ammermann, Hegewald und Stolz beteiligen, werden noch einmal nachhaltig die personelle sowie die Ausstattungs- und räumliche Situation erörtert.

**Herr Mecklenburg** spricht sich dafür aus, für die notwendige Ausstattung der Pestalozzischule die erforderlichen 14.000,00 € überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

**Herr Lutz** entgegnet, dass sich zum derzeitigen Zeitpunkt eine Diskussion hierüber erübrigt, da die Pestalozzischule in die gegründete Anstalt übernommen werde und das Geld dieses Jahr nicht benötigt werde.

**Herr Mecklenburg** bittet dennoch darum, die Haushaltsmittel bereit zu stellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 7** Vorlage 14-504  
Weiterentwicklung der Barenburgschule zu einer Ganztagschule  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.01.2003 -

**Herr Ammermann** teilt dem Ausschuss ausführlich die Stellungnahme der Verwaltung mit.

**Herr Mecklenburg** erklärt abschließend, dass sich der Schulausschuss nach Umsetzung

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

der Schulstrukturreform mit dieser Thematik erneut befassen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 8** Vorlage 14-723  
Räumliche Situation der Grundschulen - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Herr Stolz) vom 03.04.2003 -

-siehe Ausführungen zu Punkt 6-

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 9** Vorlage 14-727  
Teilnahme der Berufsbildenden Schulen I an dem Schulversuch "Berufsschulen nach dänischem Modell" (Regionale Kompetenzzentren)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** Vorlage 14-731  
Unterrichtsräume im JAG - Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.06.2003 –

**Herr Bolinius** spricht die desolante Situation des naturwissenschaftlichen Fachbereichs am JAG an.

**Herr Lutz** geht diesbezüglich davon aus, dass die erforderliche Sanierung im nächsten Jahr durch die Anstalt durchgeführt werden wird.

**Herr Bolinius** möchte wissen, ob im Rahmen der Schulstrukturreform die weitere Beschulung der Krummhörner Schüler an den Emdener Gymnasien vorgesehen sei. Er möchte ferner wissen, ob es einen Arbeitskreis zu dieser Thematik gibt und ob die erforderlichen Gespräche mit den Gymnasien geführt wurden.

**Herr Lutz** entgegnet, dass ihm ein Arbeitskreis nicht bekannt sei. Um eine genaue Prognose hinsichtlich der Beschulung Krummhörner Gymnasialschüler abgeben zu können, müsse man wissen, wie sich die Schülerströme entwickeln.

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

**Herr Ammermann** macht auf das Ungleichgewicht der Schülerzahlen beider Emdener Gymnasien aufmerksam. Das JAG werde zum neuen Schuljahr 6 neue Klassen, das GAT nur 4 neue Klassen bilden. Daher sei es unabdingbar zu Beginn des Schuljahres 2004/2005

für beide Gymnasien getrennte Schulbezirke im Sekundarbereich I zu bilden um so die Schülerströme zu den Gymnasien zu steuern.

Was die Gemeinde Krummhörn betreffe, so könne hier noch keine Aussage gemacht werden. Die Gemeinde Krummhörn werde in einer morgigen Ausschusssitzung über die Einrichtung eines eigenen Gymnasiums in Pewsum entscheiden.

**Herr Schaudinn** möchte wissen, ob zukünftig die Gymnasialschüler der Vorortgemeinden einem Gymnasium zugeordnet werden.

**Herr Ammermann** entgegnet, dass die Vorortgemeinden den Schulbezirken zugeordnet werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 11 Vorlage 14-728  
Einstellung der Winterregelung in der Schülerbeförderung

**Herr Ammermann** erläutert die Mitteilungsvorlage.

**Herr Schulze** ist nicht damit einverstanden, dass dieser Tagesordnungspunkt nur als Mitteilung abgehandelt wird. Er spricht sich dafür aus, diese Angelegenheit im nächsten Schulausschuss als Beschlussvorlage einzubringen.

**Herr Schaudinn** plädiert ebenfalls dafür, eine Beschlussvorlage zu erstellen. Er persönlich halte es für sinnvoll und wünschenswert, wenn die Winterregelung weiterhin bestehen bliebe. Wenn Kosten eingespart werden müssten, dann könne man über eine Erhöhung der Eigenbeteiligung der Eltern auf 50 % nachdenken.

**Herr Bolinius** spricht sich ebenfalls für die Erstellung einer Beschlussvorlage aus.

**Herr Stolz** begrüßt die Entscheidung der Verwaltung. Seiner Ansicht nach brauchen die Schüler viel mehr Bewegung.

**Herr Lutz** verteidigt die Haltung der Verwaltung. Wenn gespart werden muss, dann könne man mit der Streichung freiwilliger Leistungen etwas bewirken.

Nach einer kurzen Diskussion plädieren weitere Ausschussmitglieder für das Beibehalten der Winterregelung.

**Herr Mecklenburg** stellt abschließend fest, dass einstimmig gewünscht wird, diesen Tagesordnungspunkt als Beschlussvorlage im nächsten Schulausschuss zu erörtern.

**Herr Ammermann** weist darauf hin, dass der nächste Schulausschuss im Oktober sei. Dieser Zeitpunkt wäre für das Einbringen der Beschlussvorlage zu spät, da die Winterregelung immer im Oktober beginne. Er schlägt vor, die Beschlussvorlage direkt dem Verwaltungsausschuss zuzuleiten.

Ergebnis: Verweisung an den Verwaltungsausschuss

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

**Punkt : 12** Vorlage 14-729  
Modellversuch im Bereich Erziehungshilfe

**Herr Ammermann** stellt den Modellversuch ausführlich vor. Langfristig gesehen werden in der Schülerbeförderung sowie bei den Schulrestkosten durch den Modellversuch Kosten gespart.

Neue Schüler würden präventiv an den eigenen Schulen eingegliedert werden.

**Frau Bier-Wißmann** verweist darauf, dass das Leinerstift ein Aufnahmestopp erlassen habe. Zudem habe das Leinerstift große Probleme in der Lehrerversorgung bekommen.

Die Ausschussmitglieder begrüßen grundsätzlich das Konzept des Modellversuchs.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 13** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

a)

**Herr Ammermann** teilt mit, dass die Stadt Emden dem Antrag des Gymnasium am Treckfahrtstief stattgegeben habe, ab der Kl. 7 den bilingualen Unterricht in den Fächern Erdkunde und Englisch einzuführen. Zusätzlicher Raumbedarf entstehe dadurch nicht, mögliche finanzielle Erfordernisse werden durch das Schulbudget aufgefangen.

b)

**Herr Ammermann** berichtet, dass die Pestalozzischule an die Stadt Emden einen Antrag auf Umwandlung in eine Ganztagschule gestellt habe.

c)

Die Schule Grüner Weg hat den Antrag gestellt zum 01.08.2004 eine Sprachheilklasse einzurichten. **Herr Ammermann** erklärt, dass die entsprechende Beschlussvorlage für die nächste Schulausschusssitzung vorbereitet werde.

d)

**Herr Ammermann** berichtet über den derzeitigen Stand in Sachen BGJ-Anrechnungsverordnung (siehe nachfolgenden Vermerk aus dem Referat 401 (MK) vom 27.08.2003:

Referat 401 (MK)

Hannover, den 22.08.2006

- 7371 -

### **Vermerk**

**Verordnung über die Anrechnung des Besuchs eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres und einer Berufsfachschule auf die Ausbildungszeit in Ausbildungsberufen (Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung)**

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 20.06.2003 der neuen BGJ Anrechnungsverordnung einschließlich des niedersächsischen Änderungsantrages allerdings mit einer Verkürzung der Geltungsdauer bis zum Jahre 2009 zugestimmt. Falls der BMWA die Verordnung erlassen wird, hat dies für Niedersachsen folgende Auswirkungen:

1. Der erfolgreiche Besuch der landesweit verbindlich eingeführten Berufsgrundbildungsjahre Bautechnik und Holztechnik ist weiterhin auf die Ausbildungszeit in den zugeordneten Ausbildungsberufen anzurechnen. Ab dem 1.08. 2009 ist eine Anrechnung nur noch nach § 29 Abs. 2 BBiG möglich. Es sollte geprüft werden, ob die Pflicht zum Besuch dieser beiden Berufsgrundbildungsjahre ab 01.08.2008 aufgehoben wird.
2. Der erfolgreiche Besuch der regional durch Landesverordnung eingeführten Berufsgrundbildungsjahre Metalltechnik und Elektrotechnik (Modellregion Emsland/Ostfriesland), Farbtechnik und Raumgestaltung (Landkreis Celle, Grafschaft Bentheim), Drucktechnik (neue Bezeichnung: Medientechnik) in den Landkreisen Hildesheim, Celle, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Soltau-Fallingbostal und Uelzen sowie des Berufsgrundbildungsjahres Elektrotechnik im Landkreis Holzminden ist weiterhin auf die Ausbildungszeit in den zugeordneten Ausbildungsberufen anzurechnen. Ab dem 1.08. 2009 ist eine Anrechnung nur noch nach § 29 Abs. 2 BBiG möglich. Es sollte geprüft werden, ob die Pflicht zum Besuch der o.g. Berufsgrundbildungsjahre ab 01.08.2008 aufgehoben wird.
3. Der Schwerpunkt Kraftfahrzeugtechnik wurde aus dem Berufsfeld Metalltechnik heraus genommen. Die zugeordneten Berufe dieses Bereichs wurden zu einem neuen Berufsfeld Fahrzeugtechnik zusammengefasst. Es wird darauf hingewiesen, dass die Inhalte der einjährigen Berufsfachschule Fahrzeugtechnik identisch sind mit denen des Berufsgrundbildungsjahres Fahrzeugtechnik.
4. Es ist beabsichtigt, den Anträgen der Landkreise Grafschaft Bentheim, Emsland, Aurich, Leer, Wittmund und der Stadt Emden nachzukommen und dort das verbindliche schulische BGJ Fahrzeugtechnik durch Landesverordnung einzuführen.

## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

5. An den Standorten, an denen der Besuch des schulischen Berufsgrundbildungsjahres nicht durch eine BGJ-Einführungsverordnung verbindlich vorgeschrieben ist, kann ab 01.08.2003 ein erfolgreicher Absolvent dieser Schulform
6. bei Abschluss eines Ausbildungsvertrages auf eine Anrechnung ganz oder teilweise verzichten.
7. Die erfolgreichen Absolventen einjähriger Berufsfachschulen oder zweijähriger Berufsfachschulen, die zu einem schulischen Abschluss führen, können ab 01.08.2003 auf die Anrechnung teilweise oder vollständig verzichten.

gez.

Wilfried Rüdiger

e)

**Herr Ammermann** teilt mit, dass der Antrag des Landkreises Wittmund auf Einrichtung von Fachstufenklassen für die Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättengewerbe an den Berufsbildenden Schulen Wittmund nunmehr durch die Bezirksregierung Weser-Ems genehmigt worden sei.

### **Punkt : 14**      Anfragen

a)

**Herr Ammermann** bezieht sich auf ein Anschreiben der CDU-Fraktion, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Innenseite der Laufbahn des Sportplatzes der Osterburgschule mit Gras bewachsen sei. Hier müsse umgehend Abhilfe geschaffen werden, um den Sportbetrieb dadurch nicht zu behindern.

**Herr Ammermann** teilt mit, dass die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten bereits erledigt seien.

b)

**Herr Hegewald** spricht sich für eine Verschiebung des nächsten Schulausschusses von Oktober in den September aus.

**Herr Ammermann** erklärt, dass dies aus terminlichen Gründen nicht möglich sei.

c)

**Herr Hegewald** möchte wissen, wann mit der Errichtung einer Schlafampel am Übergang Larrelt/Spiekerburgerweg gerechnet werden kann. Die Verkehrszählung würde anscheinend die Errichtung nicht zulassen. Er gibt aber zu Bedenken, dass viel mehr Querungen vorhanden seien, wenn die Schüler sicher über die Straße gehen könnten. So würden viele Erziehungsberechtigte ihre Kinder nicht der Gefahr aussetzen und sie lieber mit dem Bus zur Schule fahren lassen.



## **Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 08.07.2003**

---

### **Anmerkung der Protokollführerin**

Nach Auskunft vom FD 432 sind die Querungszahlen an der genannten Querungsstelle so gering (zwischen 2 und 4 in der Spitzenstunde), dass die notwendigen Zahlen in Höhe von 30 Schulkindern oder 50 sonstigen Personen hier auch nicht erreicht würden, wenn die Querungsstelle mit einer Lichtzeichenanlage versehen würde. Rechtlich gibt es keine Möglichkeit, hier eine Lichtzeichenanlage einzurichten.

d)

**Herr Bornemann** weist auf die abendliche Lärmbelästigung am Parkplatz der Schule Grüner Weg hin. Es sei ein regelrechter Jugendtreffpunkt geworden. Er fragt nach, wie hier Abhilfe geschafft werden kann.

**Herr Ammermann** entgegnet, dass die Verwaltung schon tätig geworden sei. Es sei allerdings noch abzuklären, ob es sich um einen Schul- oder öffentlichen Parkplatz handelt. Wenn es ein öffentlicher Parkplatz sei, dann habe man keine Handhabe den Parkplatz sperren zu lassen.

**Herr Mecklenburg** bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.